



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/218 - 19.9.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 74 54-59
Fernschreiber 039 890

Boykott billiger als Streik	S. 1
Parteien in Israel	S. 3
S.E.D.-Propaganda mit Hessenstreik	S. 5
Streit um die Europa-Flagge	S. 6

Möglichkeiten aktiver Preispolitik

D.S. Die traditionellen Mittel der Gewerkschaften in der aktiven Lohnpolitik sind Tarifverhandlungen und Streiks. Tarifverhandlungen sind meist sehr langwierig und Streiks oft sehr kostspielig. Beim Milchkrieg in Duisburg haben sich die ersten Versuche der Gewerkschaften zu einer aktiven Preispolitik gezeigt. Er hat zunächst aus verschiedenen Gründen nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt, aber durch ihn hat sich eine ganz neue Möglichkeit des gewerkschaftlichen Kampfes gezeigt: Die aktive Preispolitik.

Ähnliche Unternehmungen sollten künftig von den Gewerkschaften besser vorbereitet werden, dann würde diese Art einer aktiven Preispolitik zu einer unerhört schlagkräftigen Waffe. Man stelle sich einmal vor, daß in der Zeit der Milchschwemme die Gewerkschaften in der ganzen Bundesrepublik ihre Mitglieder zu einem eisernen Milchboykott aufgerufen hätten. Selbst wenn die erste Aktion dieser Art nicht durchschlagen sollte, dann tut es vielleicht die dritte, die fünfte oder sogar die zehnte. In den USA nehmen die Hausfrauenvereine einen starken Einfluß auf das Preisgebaren durch Drosselung des Einkaufs bestimmter Waren. Wenn die Millionenmassen der Gewerkschaftler und große Teile der Bevölkerung diese Aktionen bis zum i-Tüpfelchen organisiert

durchführen würden, würde die Wirtschaft es wahrscheinlich in vielen Fällen gar nicht erst so weit kommen lassen. Es bieten sich hier große Chancen, die Kaufdisziplin zu schulen.

Wenn Angebot und Nachfrage die Regulatoren des Preises in der freien Wirtschaft sind, - nun gut, so sollen sich auch einmal die Massenorganisationen dieser Gesetze zu ihren Gunsten bedienen und diese freie Wirtschaft mit ihren eigenen Waffen schlagen. Diese aktive Preispolitik, die die inflationistischen Freistendenzen einer durch Kriegskonjunkturen moralisch angefressenen Wirtschaft wirkungsvoll bekämpfen kann, ist für die Gewerkschaften auch billiger als ein Streik und notwendig, so lange eine Regierung vorhanden ist, die den Doktrinen einer angeblich freien Wirtschaft huldigt, es aber unterläßt, etwa durch Importe - beispielsweise bei Milch aus Dänemark und Holland - Überpreise der eigenen Wirtschaft in die Zange zu nehmen. Gerade bei den unberechtigten Milchpreiserhöhungen mußte man an die Forderung der Vertreter der freien Wirtschaft, nämlich die Angleichung der deutschen Preise an die Weltmarktpreise bzw. Auslandspreise denken, die bei Milch erheblich unter den deutschen Preisen liegen.

Aktive Lohnpolitik mit Tarifverhandlungen und Streiks, aktive Preispolitik mit zeitweiligen Boykotts bestimmter Waren, Drosselung des Verbrauchs gewisser Artikel und durch Boykottaktionen geschulte Verbraucherschaft würden manchmal die emperschnellenden Preise recht schnell wieder hinunterziehen. Eine verständnisvoll dirigierte aktive Lohn- und Preispolitik wäre zweifellos dazu geeignet, regulierend auf die Relationen zwischen Preisen und Löhnen einzuwirken und das Ausbrechen der Preise für die wichtigsten Verbrauchsgüter zu verhindern oder doch mehr einzuzäumen als dies bei der ausschließlichen Anwendung gewerkschaftlicher Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes der Fall war.

+ + +

Israels Ministerpräsident - David ben GurionVon einem gelegentlichen Mitarbeiter in Israel

Während fast überall die Extremisten rechts und links im Aufstieg zu sein scheinen, zeigten die letzten Wahlen zum "Knesset", dem Parlament des neuen Staates Israel, eine gegenteilige Tendenz. Sowohl die Kommunisten als auch die "Heruth"- (Freiheits-) Partei verloren Stimmen und Sitze, während die "Allgemeinen Zionisten" und die "Mapai" ihren Einfluß verstärken konnten.

Die "Heruth" ist die aus der faschistischen Bewegung der Kampfzeit unter britischem Mandat ("Irgun zwai Leumi" oder "Nationale Militärorganisation") hervorgegangene extreme Rechtspartei. Die "Allgemeinen Zionisten" sind Liberale. Sie erkennen zwar die demokratischen Spielregeln an, lehnen aber jeglichen Eingriff des Staates in die Wirtschaft ab und treten für das "freie Spiel der Kräfte" ein.

Die "Mapai" war ursprünglich eine sozialdemokratische Partei. Unter ihrem alten Chef, Chaim Arlosoroff, betrieb sie mit voller Kraft die Organisierung der Arbeiterschaft - nicht nur der jüdischen, sondern auch der arabischen - die Schaffung sozial fortschrittlicher Einrichtungen wie Krankenkassen, Siedlungsgenossenschaften und -banken, und arbeitete soweit wie möglich auf ein gutes Einvernehmen mit den Arabern sowohl als auch mit der britischen Mandatarmacht hin. Im Jahre 1934 wurde Arlosoroff ermordet und die Führung der "Mapai" fiel David ben Gurion zu. Unter dem neuen Chef machte sich bald ein neuer politischer Wind in der Partei und in dem mächtigen Zentralgewerkschaftsbund ("Histadruth") bemerkbar. Die Organisierung der arabischen Arbeiter wurde stillschweigend beendet und durch ein Programm der "rein-jüdischen" Arbeit ersetzt, das jeden Unternehmer mit Streik und Boykott bedrohte, der arabische Arbeiter beschäftigte.

Mit den Revisionisten (den braunbehemdeten Faschisten, die sich später "Irgun Zwai Leumi" nennen sollten), traf ben Gurion

schon 1934 über die Köpfe der Arbeiterschaft hinweg ein Abkommen, das den Braunhemden nach einem Quotensystem Arbeit sicherte, ohne daß die "Histadruth", wie vorher meistens geschah, dagegen streiken würde. Eine Urabstimmung ergab eine 83prozentige Mehrheit gegen diese Regelung, doch ben Gurion setzte sie durch, worauf etwa 10000 Mitglieder der Partei ausschieden und die neue Partei gründeten, die sich heute "Mapam" nennt. In dieser sammelten sich die wertvollsten Elemente der israelischen Arbeiterschaft, insbesondere die Pioniere der kollektiven Bauerngüter, deren Idealismus und aufopfernde Hingabe selbst ihre Gegner anerkennen müssen. Leider hat sich in den letzten drei Jahren diese Partei mehr und mehr in östlicher Richtung entwickelt und daher in den letzten Wahlen einen empfindlichen Teil ihres Gefolges verloren.

Als Herr der "Histadruth" und der "Mapai" verfolgte ben Gurion seit 1934 konsequent die Linie, aus diesen beiden Organisationen ein Machtinstrument zu schmieden, auf das er sich völlig verlassen konnte in seinem Kampf um die Unabhängigkeit des jüdischen Staates, wie er sie wünschte. Viele behaupten, daß in diesem Vorgang die "Mapai" selbst zu einer Art faschistischer Partei geworden sei, doch ist das zweifellos Übertreibung der freilich nicht zu leugnenden Tatsache, daß die Partei gewisse autoritäre Züge trägt.

Diese Partei wurde nun mit 45 Sitzen zwar die stärkste Partei im "Knesset", hat aber doch keine absolute Mehrheit der 120 Sitze in der Kammer. Ob ben Gurion die seit der Staatsgründung 1948 bestehende Koalition mit den Orthodoxen Juden (etwa dem deutschen Zentrum vergleichbar) wieder auflösen lassen wird, die letzten Februar an der Frage der Konfessionsschule verbrach, oder aber auf Kosten seiner Wirtschaftspolitik (es herrscht zurzeit grosse Knappheit in Israel) ein Bündnis mit den "Allgemeinen Zionisten" eingehen wird, bleibt abzuwarten. Keine dieser beiden Möglichkeiten wird dem alten Autokraten leicht fallen.

19. September 1951

Berlin und der Lohnkampf in Hessen

E.Z. - Berlin

Neben der großen politischen Propaganda, die sich im Anschluß an den sogenannten Volkskammerappell gerade auch in Ost-Berlin entwickelt, geht der Kleinkampf mit fortgesetzten Nadelstichen weiter.

Wie sehr die letzten sowjetischen Schikanen im Verkehr zwischen West-Berlin und dem deutschen Westen Teil eines neuen groß angelegten Versuches sind, die demokratische Position West-Berlins entscheidend zu schwächen, geht daraus hervor, daß gleichzeitig mit der Einführung des Straßenzolls und dem Paketkrieg versucht wird, die breite Masse der Berliner Arbeiter gegen die demokratischen Parteien und vor allem gegen den Senat aufzuputschen. Der heftige Metallarbeiterstreik kam den kommunistischen Agitatoren jenseits des Brandenburger Tores geradezu wie gerufen. Was lag näher, als unter Hinweis auf den Lohnkampf in Hessen in West-Berlin die gewiß auch hier nicht unberechtigten Forderungen nach Lohnerhöhungen zu einer Auseinandersetzung zu machen, die nach dem Wunsch der Kommunisten die schwierige Lage dieser Stadt noch mehr zuspitzen müßte und die sich politisch im Sinne der Sowjetdeutschen ausmünzen lassen würde. Hauptangriffspunkt der östlichen Unterminierungsversuche waren die Betriebe der West-Berliner Metallindustrie, deren Arbeitnehmer die stärkste Berufsgruppe in Berlin stellen und somit, einmal in ihrer bisher äußerst festen Haltung erschüttert, zum Helfershelfer der Kommunisten werden würden.

Da die SED sich bisher bei der Berliner Arbeiterschaft mit offenen Anbiederungsversuchen jedesmal eine Abfuhr geholt hat, mußte sie ihre neue Aktion tarnen. So wurden in den letzten Tagen in mehreren West-Berliner Metallbetrieben, angeblich im Auftrag des DGB, Pakete mit Flugblättern abgegeben. Durch telefonische Anrufe, wobei die Namen führender Berliner DGB-Funktionäre mißbraucht wurden, wurde dann von den kommunistischen Hintermännern in Ost-Berlin der Versuch unternommen, den Betriebsrat zur Verteilung der Flugblätter